

## Stellungnahme der Vantage Towers AG zur Festlegung des einheitlichen Überlassungsentgelts im Rahmen der Mobilfunkförderung des Bundes

Vantage Towers bedankt sich für die Möglichkeit, zum Konsultationsdokument des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) über die Festlegung des einheitlichen Überlassungsentgelts im Rahmen der Mobilfunkförderung des Bundes Stellung zu nehmen.

Vantage Towers unterstützt das Ziel der Bundesregierung, die sogenannten weißen Flecken bei der Mobilfunkversorgung in Deutschland schnellstmöglich zu schließen. Das von unserem Unternehmen betriebene Geschäftsmodell der gemeinsamen Nutzung von passiver Infrastruktur durch Mobilfunknetzbetreiber (MNB) ermöglicht neue Perspektiven bei der Versorgung des ländlichen Raums mit schnellem Internet. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung sich im vergangenen Jahr entschieden hat, Mittel im signifikanten Umfang für die Förderung des Infrastrukturausbaus in den Gebieten zur Verfügung zu stellen, in denen ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht erfolgen kann.

Wir sind davon überzeugt, dass der Erfolg der Mobilfunkförderung und damit die Erschließung weißer Flecken ganz wesentlich davon abhängen wird, ob ein Vergütungsmodell für die Nutzung der geförderten Masten etabliert wird, welches sowohl für MNB als auch die Betreiber der passiven Infrastruktur (Funkturngesellschaften) hinreichend attraktiv ist. Der nun vorliegende Entwurf enthält dafür gute Ansätze.

Für sämtliche geförderten Standorte wird während der Zweckbindungsfrist ein einheitliches Überlassungsentgelt in Höhe von 2.156 Euro je Standort und Jahr veranschlagt. Die dabei als Ausgangspunkt gewählte Höhe der jeweiligen Kostenbestandteile kann zwar im Einzelfall erheblich variieren; in einer Gesamtbetrachtung aber, die in jedem Fall vorzugswürdig ist, entspricht sie im Wesentlichen unseren Erfahrungen bei der Errichtung von Mobilfunkstandorten.

Das nun vom BMVI vorgeschlagene Überlassungsentgelt enthält einen erheblichen Abschlag gegenüber den marktüblichen kommerziell vereinbarten Entgelten, was im Förderkontext richtig und nachvollziehbar ist. Trotz des geringen Überlassungsentgelts halten wir es nach wie vor für zweifelhaft, ob die MNB am Ende auch den hohen Eigeninvest für die Sendeanlagen und deren Betrieb tätigen werden. Diesbezüglich hatten wir in unserer Stellungnahme vom 31. August 2020 angeregt, eine von der Funkturngesellschaft an den jeweiligen MNB zu zahlende Anreizmiete in Erwägung zu ziehen. Diese würde im Ergebnis die Wirtschaftlichkeitslücke vergrößern und somit die Fördersumme erhöhen. Wir halten dies nach wie vor für bedenkenswert. Darüber hinaus könnte auch eine gezielte Förderung der OpenRAN-Technologie in weißen Flecken perspektivisch die Akzeptanz seitens der MNB erhöhen.

Bezogen auf das nun vorliegende Entgeltmodell können aus unserer Sicht vier Punkte den dauerhaften Erfolg des Fördermodells sicherstellen:

## 1. Langfristige Mietverträge schließen

Die beabsichtigte Förderung muss nachhaltig die Mobilfunkversorgung des ländlichen Raums sicherstellen – auch über den Zeitraum der Zweckbindungsfrist hinaus. Eine Nutzung der geförderten Masten für lediglich sieben Jahre wäre den Menschen und Unternehmen in den betroffenen Gebieten nicht vermittelbar. Dies würde auch das politische Ziel einer nahezu flächendeckenden Mobilfunkversorgung in Deutschland konterkarieren. Schließlich würden Steuermittel fehlallokiert, wenn die Masten nur für weniger als ein Viertel ihrer eigentlichen Lebensdauer von 30 Jahren genutzt würden. Aus diesem Grund sollten die MNB von Anfang an langfristige Mietverträge mit Funkturmgesellschaften schließen. Marktüblich sind hier 15 bis 20 Jahre.

## 2. Laufende Kosten senken

Um den langfristigen Betrieb der Standorte zu sichern, müssen die laufenden Kosten für die MNB und Funkturmgesellschaften auch nach Ablauf der Zweckbindungsfrist niedrig gehalten werden. Wie die Analyse von WIK-Consult zeigt, ist die Grundstücksrente (dort € 10.000 p.a.) Hauptkostenfaktor und kann bis zu 87% der laufenden Kosten betragen: Aus diesem Grund sollten die Grundstücke für die geförderten Standorte den Funkturmgesellschaften nach Möglichkeit übereignet werden. Sollte dies im Einzelfall aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich sein, muss zumindest bei der Nutzung öffentlicher Liegenschaften ein niedriger Mietzins gewährleistet werden.

## 3. Anreiz für First Mover und Funkturmgesellschaft schaffen

Das BMVI schlägt die Festlegung eines einheitlichen Überlassungsentgelts in Höhe von € 2.156 vor, das pro Jahr und Standort erhoben und gleichmäßig auf die Zahl der Standortnutzer verteilt wird. Aus Sicht von Vantage Towers werden mit einem einheitlichen Überlassungsentgelt Potenziale für eine Anreizsteuerung im Rahmen der Förderung verschenkt: Zum einen Anreize für eine *schnelle* Nutzung geförderter Infrastruktur und zum anderen Anreize für eine *bestmögliche* Nutzung. Das für die ersten sieben Jahre festgelegte Überlassungsentgelt sollte deshalb Anreize setzen, zum einen für den ersten MNB („First Mover“) und zum anderen für die Funkturmgesellschaft, um weiteren MNB die Nutzung zu ermöglichen. Denkbar wäre hier ein um 50 Prozent erhöhtes Überlassungsentgelt (insgesamt € 3.234) für den Fall, dass weitere MNB den Standort nutzen. Nutzen zwei MNB den Standort, trägt der Erstnutzer 50 Prozent des ursprünglichen Überlassungsentgelts (€ 1.078) und der zweite MNB den Rest (€ 2.156). Kommt ein dritter MNB hinzu, teilen sich die drei MNB das erhöhte Überlassungsentgelt zu gleichen Teilen (jeder zahlt also € 1.078). Hierdurch wäre gewährleistet, dass interessierte MNB möglichst schnell den Standort nutzen und gleichzeitig hätte die Funkturmgesellschaft einen Anreiz, die Infrastruktur

aktiv zu vermarkten. Ein solcher Ansatz wäre auch diskriminierungsfrei, weil die Möglichkeit für ein reduziertes Überlassungsentgelt jedem der interessierten MNB offen steht und nur vom Nutzungsbeginn abhängt.

#### 4. Frühzeitige Transparenz über Förderquote

Die Förderquote hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Attraktivität der jeweiligen Ausschreibungen. Nach dem Entwurf der Förderrichtlinie soll der Fördersatz grundsätzlich bis zu 90 Prozent betragen, in begründeten Fällen bis zu 99 Prozent der Ausgaben für die Errichtung der passiven Infrastruktur. In diesem Zusammenhang stellt WIK-Consult richtigerweise fest, dass sich der tatsächliche Fördersatz an der Länge der Glasfaserstrecke vom Standort bis zum Übergabepunkt ausrichten sollte. Bei langen Anbindungswegen sollte der Fördersatz sich grundsätzlich am oberen Ende bewegen. Insofern ist es für die Planungssicherheit der Standortbetreiber auch wichtig, möglichst frühzeitig Transparenz über die konkrete Förderquote zu erhalten.

Wir würden uns freuen, wenn diese Punkte im Rahmen der finalen Festlegung der Überlassungsentgelte Berücksichtigung finden. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 31. August 2020, insbesondere auf die dort gemachten Ausführungen zu einer wettbewerbsneutralen Ausgestaltung des Förderprogramms.

---

#### Über Vantage Towers

Vantage Towers ist mit 82.000 Funkmaststandorten in zehn Ländern ein führender Funkmastbetreiber in Europa, der Menschen, Unternehmen und internetfähige Geräte miteinander verbindet – in Städten wie auf dem Land.

Das Unternehmen wurde 2020 gegründet und hat seinen Sitz in Düsseldorf. Seit dem 18. März 2021 ist Vantage Towers im Prime Standard der Deutschen Börse gelistet.

Zum Portfolio von Vantage Towers gehören Türme, Masten, Dachstandorte, Distributed Antenna Systems (DAS) sowie Small Cells. Durch den Bau, Betrieb und die Vermietung dieser passiven Infrastruktur an Vodafone und andere Funknetzbetreiber trägt Vantage Towers maßgeblich zu einer besseren Konnektivität und nachhaltigen Digitalisierung in Europa bei.

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte unsere Website unter [www.vantagetowers.com](http://www.vantagetowers.com), folgen Sie uns auf Twitter unter @VantageTowers oder vernetzen Sie sich mit uns auf LinkedIn unter [www.linkedin.com/company/vantagetowers](https://www.linkedin.com/company/vantagetowers).